

Gefahren sieht, um so intensiver wird man darauf bedacht sein, die Bibel nicht nur als Dekoration zu benutzen, sondern durch eine solide Orientierung nicht nur an den Worten, sondern an den Themen der Bibel, am Alten wie am Neuen Testament, das herauszuarbeiten, was für die heute fällige Neuinterpretation der Botschaft bedeutsam ist.“ Diese Neuinterpretation werde um so mehr Kraft besitzen, „je mehr sie sich als gültiges Glied in der Kette jener Aktualisierungen der Botschaft erweist, die in der Bibel selbst begonnen wurde“.

Im Fortgang der Tagung wurden dann *Einzelprobleme* erörtert: Die Aufgabe des Priesters im Entwicklungskontinent Lateinamerika (P. J. Kerkhoffs SJ, Brüssel), Die Frau in der lateinamerikanischen Entwicklung — Stellung in Kirche, Gesellschaft, Arbeitswelt, Ehe und Familie (E. Hollants, Cuernavaca/Mexiko), Selbstverständnis und die Rolle der Ordensfrau in Kirche und Gesellschaft der lateinamerikanischen Gegenwart (Schwester I. Pereira Leite, Rom), Chancen und Aufgaben der Kirche in der Arbeit mit der intellektuellen Führungsschicht Lateinamerikas (Prof. M. Azevedo SJ, Vorsitzender der Brasilianischen Ordenskonföderation), Die katholischen Laienorganisationen in der Bewußtseinsbildung und Basisorganisation in Lateinamerika (T. Sulik, Präsident der katholischen Arbeiterbewegung in Brasilien).

Über diese Einzelfragen kann an dieser Stelle nicht ausführlich berichtet werden, ebenso über die Diskussionen hierzu wie auch über die heftige Ablehnung, die der recht schulmeisterliche *Werbeslogan* der diesjährigen Adveniat-Aktion „Viele protestieren, wir helfen“ erfuhr und von dem sich die Aktion Adveniat inzwischen selbst distanzierte. Nur auf das Abschlußreferat von Dr. med. H. Walterspiel, Freiburg, über „Familienstruktur und Bevölkerungszuwachs als Herausforderung für die Kirche in Lateinamerika“ sei kurz eingegangen, weil für Lateinamerika darin ein besonderer Zündstoff steckte.

Die *Zuwachsrates* der Bevölkerung liegt derzeit in Lateinamerika mit jährlich 3% höher als in allen anderen Ländern der Erde. Bei dieser Zuwachsrates bleibt es, obgleich Abtreibungen in erschreckend hoher Zahl — extreme Schätzungen sprechen von zwei bis drei Abtreibungen pro Lebendgeburt — vorgenommen werden. Wenn die Bevölkerung im gleichen Maße wie bisher zunehmen wird, ergibt sich eine Verdoppelung in 20 bis 25 Jahren. Das bedeutet aber, daß alle Anstrengungen im Bereich von wirtschaftlicher Produktion, Alphabetisierung, Erziehung und Ausbildung selbst bei enormer Steigerung nicht ausreichen werden, um das derzeitige niedrige Niveau zu halten, geschweige denn zu heben. Diese Tatsache mache eine *Einschränkung der Geburtenzahl* notwendig.

Der Referent traf wohl den Kern der Frage, wenn er feststellte, die lateinamerikanische Bevölkerung sei dafür noch nicht aufgeschlossen. Man betrachtet „die überreiche Fortpflanzung als entscheidendes Kennzeichen für die Erfüllung des Ehezwecks und als Beitrag für das Ansehen und die Macht der Nation“. Das oft als ‚Machismo‘ bezeichnete Sexualprotztum der Männlichkeit sucht in der hohen Kinderzahl Bestätigung, zugleich „wird die unfruchtbare Frau wenig geschätzt, und das Ansehen der Frau wächst mit der Zahl ihrer Kinder“. Jeder Plan, die Geburten einzuschränken, wird von nationalistischen und linksgerichteten Kreisen als „Überfall des Imperialismus“ bezeichnet, „der mit gezielter Geburtenkontrolle die Entwicklungsländer an ihrem Fortschritt hindern wolle“. Auch die Kirche hat sich im Echo auf die Enzyklika „*Humanae vitae*“ dieses Argument zu eigen gemacht. Da die Lehre der Enzyklika — in Lateinamerika bekanntlich dankbar akzeptiert — keine sittlich einwandfreie („natürliche“) und *zugleich* wirksame Methode der Empfängnisregelung kennt, muß alle Hilfe utopisch von wirtschaftlichen, technischen und finanziellen Anstrengungen erwartet werden. Die Hilfe für Lateinamerika kann nur durch wirtschaftliche und bildungsmäßige Entwicklung bei *gleichzeitiger* Einschränkung der Geburten gelingen.

Hier stellte sich der Tagung sehr deutlich die Frage, ob die Kirche auf die Dauer glaubwürdig sein kann, wenn sie angesichts der Not, die sich in der ungeheuer hohen Abtreibungsquote äußert, und angesichts der bei gleichem Bevölkerungszuwachs drohenden Katastrophe schweigt und an ihrer Ablehnung praktikabler und menschenwürdiger Methoden der Empfängnisregelung festhält und dabei einem wie immer gefärbten politischen Konformismus folgt. Versagt sich die Kirche (die — wie auf der Tagung in Trier immer wieder erkannt wurde — ein gerütteltes Maß Mitschuld an den derzeitigen Verhältnissen in Lateinamerika trägt) in dieser Frage wieder einem Gebot der Stunde? Die Fehler, die die Kirche in früheren Zeiten beging, waren durch die Zeitumstände und durch die Mentalität bedingt. Heute halte die Amtskirche manchmal wider besseres Wissen an einem überholten Verständnis der Empfängnisregelung, deren Folgen katastrophal sind, fest, um politisch und kirchlich „das Gesicht zu wahren“. Bischof Lorscheider zählte das Problem der Bevölkerungsexplosion unter der Zwischenüberschrift „natürliche Ursachen der gegenwärtigen Lage“ auf, stellte sie auf eine Ebene mit den großen räumlichen Entfernungen in Lateinamerika und setzte sie den durch menschliches Versagen bedingten Ursachen entgegen. Ist diese Einordnung nicht auch Indiz einer besonders nachhaltigen Verdrängung, die nur schwer behoben werden kann?

Länderbericht

Die Kirchen und die Rassenfrage in den USA

Als eine von vielen amerikanischen Organisationen, die sich mit Sozialproblemen (unter besonderer Berücksichtigung der Rassenfrage) beschäftigen, war die vor zweieinhalb Jahren gegründete „Interreligious Foundation for Community Organization“ (IFCO) ihren vielfältigen Aufgaben auf kommunaler Ebene nachgegangen. Der IFCO gehören protestantische, katholische und jüdische

Gruppierungen an, die mit ihren jeweiligen Mitgliederbeiträgen und aus Spenden die gemeinsamen Hilfsprogramme finanzieren. Und ausgerechnet diese durchaus friedliche, unideologische und unauffällige Stiftung war es, die für das in der gesamten Weltpresse erwähnte „Schwarze Manifest“ (u. a. veröffentlicht — allerdings ohne die noch aggressivere Präambel — in der Zeitschrift

der Jugendabteilung des Weltrates der Kirchen in Genf, „RISK“, vol. 5, Nr. 2, 1969) die Plattform gebildet hat. Sie hatte jene Konferenz „für schwarze wirtschaftliche Entwicklung“ (NBEDC) für den 25. bis 27. April 1969 nach Detroit einberufen, auf der J. Forman, der ehemals neben den Vertretern der Gewaltlosigkeit *Martin Luther King* und *R. Abernathy* im nicht-militanten „Freedom Movement“ mitmarschiert war, die erste öffentliche große Herausforderung an die „weißen“ Kirchen der USA gerichtet hat. Damit wurden erstmals in der leidvollen Geschichte der amerikanischen Rassenkonflikte die „weißen christlichen Kirchen und die jüdischen Synagogen“ direkt in die Bürgerrechtsbestrebungen der farbigen Bevölkerung einbezogen. Von ihnen verlangte man diesmal apodiktisch „Wiedergutmachungsleistungen“ für all das Unrecht an der schwarzen Bevölkerung, an dem auch die christlichen Kirchen beteiligt waren, in Höhe von insgesamt 500 Millionen Dollar.

Das „Black Manifesto“, das von einer sehr kleinen Gruppe radikalierter Bürgerrechtskämpfer um Forman formuliert worden war, entstand sicher außerhalb der Verantwortung der IFCO. Die jüdischen Mitgliedsgruppen haben dennoch nach der Verkündigung dieses Manifestes ihre weitere Mitarbeit innerhalb der IFCO aus Protest aufgekündigt. Das Manifest klagt die Vereinigten Staaten an, „das barbarischste Land der Welt“ zu sein, dessen „rassistische, imperialistische Regierung“ die Menschen der ganzen Welt unterdrücke, weshalb man sie selbst „unter Anwendung der Gewalt“ beseitigen müsse. Erst dann könne die schwarze Bevölkerung, die am meisten unter der Ausbeutung und dem Rassismus der Weißen zu leiden gehabt habe, die Kontrolle über den ganzen Staat übernehmen. Die „rassistischen“ weißen christlichen Kirchen und die jüdischen Synagogen hätten „mit ihren heuchlerischen Erklärungen und Lehren von der Brüderlichkeit“ Vertrauen und Glauben der Farbigen mißbraucht und bei der Versklavung der Neger mitgeholfen. Sie seien als wesentlicher Teil des kapitalistischen Establishments zu betrachten.

Zweck und Ziel des Manifestes, erklärte Forman, sei es, „die Kirchen dazu zu zwingen, mit *Reparationszahlungen* zu beginnen, auf die die schwarzen Bürger Anspruch hätten. Dieser Anspruch richtet sich allerdings nicht auf die Kirche allein, sondern auch auf Unternehmen und auf die Regierung selbst. Aber die Kirchen wurden besonders scharf attackiert. Bei Reparationsverweigerung wurde eine allgemeine „Kriegserklärung“ einschließlich der Zerstörung von Kirchen und Synagogen angedroht. Die Wohlfahrtsorganisationen seien von „schwarzen Arbeitnehmern, schwarzen Männern, schwarzen Frauen, schwarzen Studenten und schwarzen Arbeitslosen zu übernehmen und so lange unter Kontrolle“ zu halten, bis die Forderungen erfüllt seien. Nicht ohne Zynismus wurden alle weißen Christen und Juden aufgerufen, jene „Geduld zu üben, jene Toleranz, Einsicht und Gewaltlosigkeit an den Tag zu legen, die sie selber uns schwarzen Menschen während unserer ganzen erzwungenen Sklaverei in den Vereinigten Staaten gelehrt, uns empfohlen und befohlen haben“.

Reaktionen auf das „Schwarze Manifest“

Das Echo auf dieses Manifest zeigte, daß es der Gruppe um Forman mit Furcht und Demagogie gelungen war, sich bei den mit Recht vom schlechten Gewissen geplagten Kirchen Gehör zu verschaffen. Sie mußten einfach reagie-

ren, trotz des „marxistischen, maoistischen und guerillakriegerischen“ Stils des Manifestes („The Christian Century“, 25. 6. 69).

Vielfach wurde bereits die Erklärung der vom 19. bis 24. Mai 1969 in London tagenden Rassenkonferenz des Weltrates der Kirchen (vgl. Herder-Korrespondenz, 23. Jhg., S. 316) als offizielle „Antwort“ der (reformatorischen) christlichen Kirchen gewertet. Auf ihr wurden die Wiedergutmachungsforderungen des Manifestes im Grundsatz (und fast im Eiltempo) anerkannt. Doch die Verlautbarung war nicht mehr als eine „goodwill“-Erklärung, die für die Mitgliedskirchen des Weltrates — also auch für die amerikanischen Kirchen selbst — keinerlei Verbindlichkeit hatte. Schon wenige Wochen später wies beispielsweise der Präsident der „National Baptist Convention“, *J. H. Jackson*, der die größte religiöse Vereinigung von *Farbigen* in den USA vertritt, das „totalitäre“ Manifest mit der Beschwörung zurück, es ziele „auf die Zerstörung der USA“ (epd, 11. 6. 69). Auch das erzbischöfliche Ordinariat in New York lehnte die Forderungen der Forman-Gruppe ab. Forman hatte mehrmals vergeblich um ein Gespräch mit dem New Yorker Erzbischof, *Kardinal T. Cooke*, nachgesucht. Die katholische Kirche, „die größte religiöse Gruppierung“ in den USA, von der Forman eine Reparationsleistung von 200 Millionen Dollar forderte (NC News Service, 14. 5. 69), zeigte sich nicht diskussionsbereit. Die lutherischen Kirchen in den USA, die im Mai aufgefordert waren, über 50 Millionen Dollar als Wiedergutmachungsbeitrag bereitzustellen, haben sich bereits im Juli von der „grob- und aufrührerischen Sprache“ des „Schwarzen Manifestes“ distanziert (vgl. öpd, 10. 7. 69) und am 22. Oktober 1969 durch ihren Exekutivrat in einer Fünfpunkteentschließung die Reparationsforderungen abgelehnt. In einer gemeinsamen Erklärung haben der nationale jüdische Beratungsausschuß für das Gemeinwesen (NJCRAC) und der Synagogenrat von Amerika (SCA) „aus sittlichen wie aus praktischen Gründen“ das Manifest zurückgewiesen (vgl. öpd, 10. 7. 69). Nach einer Meinungsumfrage waren 90% aller Amerikaner dagegen, und nur 4% der Gesamtbevölkerung — von den farbigen US-Bürgern waren es nur 21% — waren zu einer finanziellen Wiedergutmachung an die amerikanische Negerbevölkerung bereit (nach epd, 4. 8. 69). Und von den 700 Delegierten des Detroit Kongresses, vor dem das Schwarze Manifest erstmals verlesen wurde, beteiligten sich nur 250 Delegierte an der Abstimmung über dessen Inhalt, von denen 63 das Manifest ablehnten. Aber es gab manche prominente Befürworter: z. B. *R. D. Abernathy*, der „Nachfolger“ von *Martin Luther King*, sowie *M. Green*, Chefredakteur der „Harvard Civil Rights — Civil Liberties Law Review“.

Freilich galt auch ihre Zustimmung weniger dem Manifest als solchem als dem Aufruf an die Kirchen, mit ihrem Anteil an Mitverantwortung ernst zu machen und Konsequenzen zu ziehen. Die so unvermittelt und heftig angegriffenen Kirchen hatten überdies erst ein halbes Jahr zuvor, unmittelbar nach der Herbstkonferenz 1968 des NCC (National Council of Churches) wiederum größere Summen für Hilfsprogramme für die notleidenden farbigen Bevölkerungsgruppen zur Verfügung gestellt (darunter 120 000 Dollar aus dem Hilfsfonds des NCC selbst), die sie der IFCO überwiesen hatten (vgl. „The Christian Century“, 12. 2. 69). Von zwei New Yorker Methodistengemeinden wurden Zahlungen in Höhe von 30 000 bzw. 15 000 Dollar geleistet. Die Presbyteria-

ner erklärten sich ebenfalls wie die „Vereinigte Kirche Christi“ bereit, beträchtliche Geldsummen zur Förderung der Rassengleichheit zur Verfügung zu stellen. Doch wollen beide Denominationen die Kontrolle und Verteilung dieser Mittel selbst vornehmen. Der Nationalrat der Kirchen Amerikas (NCC), dessen Exekutivausschuß auf seiner Sondersitzung vom 13. Juni 1968 zunächst eine Kommission zur Prüfung der Forderungen des Schwarzen Manifests eingesetzt hatte, beschloß Anfang September, durch seinen Generalrat bei seinen Mitgliedskirchen 500 000 Dollar zu sammeln, um sie kirchlichen farbigen Organisationen zur Verfügung zu stellen. Als einzige größere Kirche (3,5 Millionen Mitglieder) hat die amerikanische Episkopalkirche am 3. September nach zweitägigen Beratungen beschlossen, 200 000 Dollar für den Entwicklungsfonds der NBEDC beizusteuern.

Forman selbst hat inzwischen seine Repressionsdrohungen gegen zahlungsunwillige Kirchen wahrgemacht. Mit einer Gruppe seiner militanteren Anhänger hatte er im Juni 1969 das „Interchurch Center“ in New York besetzt, in dem sich die Verwaltungsbüros von 28 kirchlichen Organisationen mit 2200 Beschäftigten befinden. Seine Anhänger hatten in verschiedenen Kirchen demonstriert und waren in einige Gotteshäuser eingedrungen.

Sowohl der aggressive Ton als auch die ungeheuerlichen Anwürfe gegen die Kirchen, und nicht zuletzt die durchaus ernstgemeinten Androhungen von Repressalien zeigen, daß die Gruppe um Forman, der lange Zeit eine führende Rolle im SNCC (Studentenkomitee für gewaltlose Koordination) gespielt hat, längst den Weg der Gewaltlosigkeit und der legalen Mittel verlassen hat. Sie lehnt die Integration der Neger in die amerikanische Gesellschaft (wie sie mehr als zwei Drittel aller Neger auch heute noch anstreben) ebenso ab wie einen „schwarzen Zionismus“ (Zusammenschluß aller Neger zu einem eigenen, autonomen Negerstaat auf dem Territorium der USA), den laut Umfrage 21 Prozent der farbigen US-Bürger befürworten. Ihr politisches Ziel liegt sogar jenseits dessen, was die verschiedenen Anführer und Propagandisten der „Black Power“-Bewegung, der „Black Panthers“ und selbst der „Black Muslims“ anstreben. Ihm genügt es nicht, „allen Weißen sämtliche Produktionsmittel wegzunehmen und sie den Farbigen zu übereignen“. Konsequenterweise sollen sich auch die Neger des gesamten amerikanischen Staats- und Regierungsapparates bemächtigen, denn nur so könne die „neue Gesellschaft“ herbeigeführt werden, in der jeglicher Rassismus ausgerottet sei. Weiße, die sich der schwarzen Hegemonie zu beugen bereit seien, könnten gern am Ausbau der rassen- und klassenlosen Gesellschaft beteiligt werden. Seinem Gesamtkonzept fehlt jeglicher Sinn für die infrastrukturellen Realitäten der amerikanischen Gesellschaft.

Allerdings zeigt das „Black Manifesto“ nicht nur, daß seine Autoren ganz konkrete Wege und Mittel anvisieren, um ihre politische Utopie einer „neuen Gesellschaft“ zu verwirklichen, sondern es zeigt auch, wo sich die Rassendiskriminierung in den USA am spürbarsten auswirkt, nämlich auf dem *sozial-wirtschaftlichen* und dem *bildungspolitischen* Sektor. Die im Manifest aufgeführten zehn Projekte sollten Voraussetzungen zur Behebung der ärgsten Nöte und Ungerechtigkeiten schaffen. Es fordert u. a. die Gründung einer „schwarzen“ Landkreditbank, um die von Negern bewirtschafteten und kaum noch rentablen landwirtschaftlichen Kleinbetriebe zu Genossenschaften zusammenführen zu können; die Errichtung von

vier großen Verlagen und Druckereien in verschiedenen amerikanischen Großstädten, die zusammen mit vier modernen Fernsehstationen „das weiße Pressemonopol beseitigen“ sollen; ein großangelegtes Ausbildungszentrum für moderne technische Berufe; Institutionen zur Verstärkung der Sozialhilfe, Streik- und Arbeitsschutzfonds für die schwarzen Erwerbstätigen; eine große Entwicklungs- und Unterstützungsbank (mit Forman selbst als „Präsident“); die Errichtung von Antidiskriminierungszentren zur Pflege des „black image“; die Gründung einer großen schwarzen Universität im Süden des Landes. Die IFCO (Interreligious Foundation for Community Organization), eine interkonfessionelle „Hilfe zur Selbsthilfe“-Organisation, soll alle nicht von ihr selbst aufgebrauchten Mittel zur Verfügung stellen, damit sie diesen Plänen für schwarze Entwicklungshilfe zugute kämen.

Kirchliche Deklarationen

Zweifellos handelt es sich da auch um diskutabile Desiderate der farbigen US-Bürger, wie sie auch schon zuvor, allerdings vereinzelt und in etwas gemäßigterer Form, von verschiedenen Seiten vorgebracht wurden. Man muß auch zugeben, daß die amerikanischen Kirchen insgesamt bisher kaum etwas zur Erfüllung so konkreter Forderungen getan haben — abgesehen von den vielen kleineren und teils auch beachtlichen *Sozialhilfeprogrammen* und ihrem allgemeinen caritativen Wirken unter der farbigen Bevölkerung. Andererseits kann man jedoch nicht behaupten, die Kirchen seien sich der Rassenproblematik nicht bewußt gewesen. Sie haben auch nicht geschwiegen. Vielmehr haben sie sich in vielen öffentlichen Erklärungen — sowohl der amerikanischen Kirchen selbst als auch der internationalen Kirchenorganisationen, in denen die amerikanischen Denominationen führend vertreten sind — zur Rassenfrage geäußert. Die Erklärungen zur Rassenfrage auf den *Weltkirchenkonferenzen* in Amsterdam (1948), in Evanston (1954), Neu Delhi (1961), in Uppsala (1968), auf der Konferenz für Kirche und Gesellschaft in Genf (1966) und in diesem Jahr in Canterbury, um nur jene zu nennen, hinter denen die einzelnen synodalen Verlautbarungen der einzelnen amerikanischen Kirchen (besonders der Methodisten und Baptisten) und des NCC (National Council of Churches) zwar nicht hinsichtlich ihrer Entschiedenheit, wohl aber im Hinblick auf ihre Publizität etwas zurücktraten, verurteilen im Prinzip sämtlich „die unchristliche und selbstzerstörerische“ Praxis der Rassendiskriminierung. Auch die verschiedensten Stellungnahmen katholischer amerikanischer Bischöfe weisen wenigstens verbal in dieselbe Richtung. Als eine der vielen *katholischen* Deklarationen sei hier die Verlautbarung der amerikanischen Bischofskonferenz von Ende April 1968 in St. Louis zitiert, auf die die amerikanischen Bischöfe auf ihrer diesjährigen Herbsttagung nochmals eingingen, indem sie die Errichtung von Diözesankommissionen zur Behandlung des Rassenproblems beschlossen (vgl. „The National Catholic Reporter“, 19. 11. 69). Die Bischöfe betonten darin die Notwendigkeit, „Brücken der Gerechtigkeit, der Anteilnahme und des Verstehens“ zu bauen — „und zwar sofort“. Als Erstes „müssen alle Elemente der Diskriminierung in den Pfarreien, den Schulen, den Krankenhäusern, Altersheimen und ähnlichen katholischen Einrichtungen total ausgemerzt werden. Dann ist es unsere Christenpflicht, alle verfügbaren Mittel gewissenhaft und großzügig für die dringenden Bedürfnisse der Armen

zu verwenden.“ Die Bischöfe bekannnten sich zur Weiterführung ihrer Zusammenarbeit mit dem National Council of Churches, dem „Synagogue Council America“ und anderen religiösen Körperschaften. Wirksame Maßnahmen würden „inmitten dieser amerikanischen Lebenskrise“ von allen erwartet. Gemeinsame Maßnahmen seien auf dem Gebiet der Bildung und Erziehung, der Arbeitsbeschaffung und im Bereich der Sozialhilfe und der Wohnraumbeschaffung besonders dringlich. Um konkrete Aktionen von seiten der Kirche zu beschleunigen oder in Gang zu bringen, billigten die Bischöfe eine Reihe von Resolutionen, die sich auf die Bereitstellung von Finanzmitteln, die Vergrößerung und Erweiterung bzw. Neuerrichtung entsprechender organisatorischer Einrichtungen, die Erarbeitung von Informations- und Studienunterlagen zum Rassenproblem und die Gründung eines aus Bischöfen, Klerikern und Laien bestehenden Komitees bezieht, das sich mit Planung und Durchführung der gezielten Maßnahmen befassen soll (vgl. NC News Service, 1. 5. 68).

Widerspruchsvolle Praxis

Es dürfte schwerfallen, ein amtliches kirchliches Dokument zu finden, das die Grundsätze fundamentaler Gleichheit der Rassen nicht anerkennen würde. Aber angesichts einer *fortdauernden Praxis*, die zu diesen Grundsätzen in krassem Widerspruch steht, befinden sich die amerikanischen Kirchen „in einer Periode der theologischen und politisch-ethischen Hilflosigkeit“ (vgl. D. Ritschl, „Kampf um Identität statt Sehnsucht nach Integration“, in: K.-M. Beckmann [Hrsg.], Rasse, Kirche und Humanum, Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn 1969, S. 147 f.). Gewisse Fakten sind nicht aus der Welt zu schaffen, beispielsweise, daß es noch immer getrennte Gotteshäuser für Farbige und Weiße gibt und daß in nicht wenigen katholischen Kirchen die Gläubigen nach Hautfarbe getrennt sind und Nichtfarbige beispielsweise beim Kommunionempfang den Vortritt haben. Katholische Schulen und Krankenhäuser wurden zwar im allgemeinen schon relativ früh „desegregiert“, doch wehren sich noch heute viele Gemeinden gegen die Aufnahme von farbigen Mitchristen in diese Institutionen. In vielen Kliniken wird Farbigen immer noch die Aufnahme verweigert. Negerkinder waren in den weißen Schulen der Pfarreien nicht geduldet. Vorsichtige Umfragen in verschiedenen Schulen haben ergeben, daß besonders unter den Christen in den südlichen Regionen der USA auch heute noch sehr deutliche Vorbehalte gegen die schulische Rassenintegration gemacht werden (vgl. W. A. Osborne, *The Segregated Covenant*, Herder and Herder, New York 1967, S. 15 und S. 56 f.). Nach einer 1956 durchgeführten Umfrage bei der dortigen katholischen Bevölkerung sprachen sich noch 76 Prozent der Katholiken gegen die Integration aus. Dieser Widerstand gegen die Integration unter den Katholiken führte erst kürzlich dazu, daß der als reformwillig „berüchtigte“ Bischof von Nashville, Tennessee, J. A. Durrick, öffentlich kritisiert und bei kirchlichen Veranstaltungen von eigenen Diözesanen boykottiert wurde (vgl. „NC News Service“, 21. 10. 69).

Die letzten 15 Jahre haben zwar große *Fortschritte* gebracht. Die Kirchen (die katholische wie die anderen) haben ungeheure Anstrengungen unternommen, die Rassendiskriminierung und deren Folgen unter den Gläubigen zu beseitigen. Aber mehr denn je scheint heute eine

„de-facto-Segregation in den Pfarreien“ zu bestehen (vgl. W. A. Osborne, a. a. O. S. 233). Zwar sollen künftig, nach dem Beschluß der Amerikanischen Bischofskonferenz vom November 1969 in jeder der über 150 Diözesen (von denen in neun jeweils mehr als 30 000 katholische Neger leben) entsprechende Institutionen, um die *Integration* des katholischen Bildungswesens errichtet werden, die Arbeitslosigkeit, die unter der schwarzen Bevölkerung gebietsweise dreimal so hoch ist wie bei den Weißen (bei jugendlichen Neger liegt die Quote bei 25 bis 30%), beseitigen zu helfen, Armut zu lindern und Sozialhilfe zu gewähren. Aber die Haltung der Katholiken in der Rassenfrage ist durchaus nicht eindeutig, „nicht einmal die der Bischöfe oder des Klerus“.

... und innerkirchliche Konflikte

So ist auch die Äußerung des derzeit einzigen amerikanischen Negerbischofs, H. Perry, Weihbischof von New Orleans, die Kirche müsse endlich „aufhören, die Schwarzen, die katholisch werden möchten, zu Weißen zu machen“, durchaus begründet. Und die zwanzig weißen Priester der Erzdiözese Newark im Staate New Jersey (wo bei den Rassenunruhen von 1967 zwanzig Neger, darunter sieben Frauen, ein Kind und ein Greis von Polizei und Ordnungskräften getötet worden waren), die im Januar 1969 ihren Erzbischof, T. A. Boland, öffentlich einer „rassistischen Haltung“ bezichtigt hatten, können ihre Forderung nach energischeren Maßnahmen zur Beseitigung der Rassendiskriminierung auf konkrete Fakten stützen. Die Haltung der *amtlichen* kirchlichen Stellen Amerikas gegenüber den Bürgerrechtsdemonstrationen war eher zurückhaltend, wenn beispielsweise auch um sechshundert katholische Priester am Bürgerrechtsmarsch 1963 nach Washington teilgenommen haben und beim großen Selma-Montgomery-Marsch von 1965 Kardinal Spellman und der Bischof von Brooklyn, McEntegart, Gläubigen und Geistlichen die Teilnahme „freigestellt“ haben. Aber als der katholische Pfarrer J. E. Groppi in Milwaukee (Wisconsin) im Juli 1967 seine Pfarrkirche für Versammlungen einer Bürgerrechtsorganisation zur Verfügung stellte und selbst an friedlichen Demonstrationen teilnahm, wurde er, nicht zuletzt aufgrund von 700 Protestbriefen weißer Katholiken, von denen der Priester häufig als „weißer Nigger“ beschimpft worden war, von seinem Ordinariat gemäßregelt. Konflikte einzelner Geistlicher mit ihren Ordinariaten wegen der Rassenfrage hat es auch in letzter Zeit immer wieder gegeben. Selbst die auflagenstarke (26,7 Millionen) katholische Presse Amerikas scheint sich (mit Ausnahme weniger überregionaler Organe, etwa des „National Catholic Reporter“, des „Catholic Messenger“, der Zeitschriften „Commonweal“ und der Jesuitenzeitschrift „America“) nur wenig mit dem Rassenproblem und der Bürgerrechtsbewegung zu beschäftigen.

Die weißen protestantischen Kirchen befinden sich aber in keiner komfortableren Lage. Die Tatsache, daß bei diesen die Rassenprobleme noch weniger gelöst sind, hat zwei gewichtige Gründe. 1. Während nur etwa drei Prozent aller farbigen Amerikaner Katholiken sind (1,5%, d. h. 800 000 der 47 Millionen amerikanischen Katholiken sind Neger), gehören mehr als 11 Millionen Neger reformatorischen Bekenntnissen an, zu 90% aber in eigenen Negerkirchen. Nur wenig mehr als die Hälfte der 22 Millionen US-Neger sind Christen. Davon kennen sich 7,7 Millionen zu einer der beiden Gruppen

der Negerbaptisten-Kirche, 2,4 Millionen gehören zu einer der drei Methodistengruppen und etwa eine Million bilden ungefähr 22 weitere selbständige freie Negerkirchen. 2. Der disziplinarische „Druck“ und die zentralistischere Organisation der katholischen Kirche fehlen bei den weitgehend autonomen Einzelkirchen nahezu gänzlich. Daher haben es die Kirchenleitungen oft schwer, den Geist und die Vorsätze ihrer Deklarationen auch beim Kirchenvolk durchzusetzen. Aber auch die katholische Kirche darf sich von der harten Feststellung des Amerikaners B. E. Mays vor der Weltkirchenkonferenz in Evanston nicht ausschließen, wonach die Kirche in den USA „das letzte Bollwerk der Rassentrennung“ sei.

Der ethnische und soziale Hintergrund

Es steht heute fest, daß das mangelhafte Bewußtsein der amerikanischen Gesellschaft, der Kirchen wie der Neger selbst, von den sozio-kulturellen Voraussetzungen und des ethischen Hintergrundes der Rassenfrage an ihrer Verschärfung schuld sind. Es ist nämlich nicht richtig, wenn man ganz allgemein von der Negerfrage in den Vereinigten Staaten spricht, denn die geographisch und soziologisch bedingte Bevölkerungsstruktur macht zusammen mit der für die USA typischen ethnischen Besonderheit ihrer Einwohner vielfältige Differenzierungen notwendig. So ist z. B. nicht nur die herkunftsmäßige Zusammensetzung der jeweiligen Bürgerschaft in den einzelnen US-Bundesstaaten verschieden, sondern auch das ideologische und gesellschaftliche „Temperament“. Historische, geographische, klimatische, entwicklungstechnische und auch religiöse Gegebenheiten haben zu dieser Verschiedenartigkeit beigetragen. Und an dieser allgemeinen Verschiedenartigkeit partizipiert auch die jeweilige farbige Bevölkerung. Der Anteil der Negerbevölkerung schwankt in den einzelnen Bundesstaaten zwischen je 0,1 % (in North Dakota und Vermont) und 53 % (im District of Columbia mit der US-Hauptstadt Washington, deren Einwohner zu 66 % Neger sind). Im Südwesten der USA zieht sich noch heute der berühmte „schwarze Gürtel“ hin, markiert durch die alten „Sklavenstaaten“ mit hohem Anteil an farbigen Bewohnern: Louisiana (31,9 %), Mississippi (42 %), Alabama (30 %), Georgia (28,5 %), South Carolina (34,8 %), North Carolina (24,5 %) und Virginia (20,6 %).

Die *Wanderungsbewegung* aus dem Süden in den Ballungsraum des Nordostens, von agrarischen Gebieten in die großen Städte, ist gegenwärtig nur ein rassenrelevantes Teilphänomen einer umfassenderen geo-sozialen Umschichtung. Die aus vorwiegend ländlichen Traditionen stammenden Neger der Südstaaten (etwa 45 %) haben oft mit den „städtischen“ Negern des Nordens nicht viel mehr als die Hautfarbe und die mehr oder weniger latenten Diskriminierungen von seiten der weißen Mitbürger gemeinsam. Die starke Abwanderung von Negern aus den Südstaaten, die in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg besonders spürbar gewesen ist und in allerjüngster Zeit etwas nachgelassen hat, hat rassistische, wirtschaftliche und soziale Gründe. Werbung und Konsumhunger lassen die großen Industriestädte als verlockende Ziele erscheinen. Die *Verstädterung* der Farbigen ist bereits weit fortgeschritten. Die Negerbevölkerung hat in den Innenstädten in wenigen Jahren um 2,5 Millionen zugenommen, während im gleichen Zeitraum etwa 2,1 Millionen Weiße aus den Stadtzentren in die Außenbezirke abgewandert sind. Schon heute ist eine klarere Abgrenzung

der einzelnen Wohngebiete zwischen schwarz und weiß deutlich feststellbar. Auch der Fiskus bekommt diese Veränderung in der Einwohnerstruktur zu spüren, da den Städten das höhere Steueraufkommen der Weißen allmählich zu fehlen beginnt, und dies bei höherer Anforderung an das Sozialhilfebudget (vgl. „Newsweek“, 30. 6. 69).

Gegenüber den verschiedenen *Volksgruppen* der USA nehmen die Neger insofern eine Sonderstellung ein, als sie ja nicht wie jene freiwillige Einwanderer waren. Vielmehr wurden ihre Vorfahren vor 350 Jahren in Ketten in die Sklaverei geschleppt. 250 Jahre lang lebten sie in der freiesten aller Nationen rechtlos und als Leibeigene und weitere 100 Jahre als unterprivilegierte, zweit- oder drittklassige „freie“ Bürger. N. Glazer, einer der führenden amerikanischen Soziologen, weist allerdings mit Recht nach, daß die amerikanischen Neger nicht, wie es etwa dem Text des Black Manifesto gemäß scheinen möchte, als einzige Bevölkerungsgruppe auf der Schattenseite des amerikanischen Wohlstands leben (vgl. N. Glazer, *America's Race Paradox*, „Encounter“, Oktober 1968, S. 9—18). Irische oder polnische Einwanderer würden, als ethnische Gruppe für sich genommen, in mancher Hinsicht, zumindest ihrer wirtschaftlichen Lage nach, einen Vergleich mit der sozialen Stellung der Neger aushalten können. Zudem habe sich die Lage der farbigen Bevölkerung in den letzten Jahren *merklich gebessert*: 1966 verdienten 23 % der nichtweißen Bevölkerung mehr als 7000 Dollar gegenüber 53 % der weißen Bürger; 10 Jahre zuvor habe das Verhältnis 9 % zu 31 % betragen. Die Aufstiegsrate in besser bezahlte und gesicherte Berufe betrug zwischen 1960 und 1966 für Neger 50 %, für Weiße dagegen nur 13 %. 1960 hatten 36 % der Nichtweißen über 25 Jahre eine abgeschlossene High-School-Ausbildung gegenüber 63 % der Weißen, 1966 lag das Verhältnis bei 53 % zu 73 %. Zwischen 1960 und 1966 verringerte sich der Anteil der unter dem allgemeinen Standard liegenden und von Farbigen gemieteten Wohnungen um 25 %.

Diesen Aufschwung nehmen auch die Farbigen zur Kenntnis. Zwei Drittel der Negerbevölkerung glaubt, daß es ihr in den kommenden fünf Jahren noch besser gehen werde. Jedoch sind 59 % der Ansicht (das sind 16 % mehr als noch vor 3 Jahren), es gehe zu *langsam* voran, 22 % sind mit ihrer jetzigen Lage zufrieden (vgl. „Newsweek“, 30. 6. 69). Dennoch ist es eine unbestreitbare Tatsache, daß 40,6 % der farbigen US-Bürger in Armut leben, während der Anteil bei der weißen Bevölkerung bei 11,9 % liegt und der Nichtweiße nur 58 % des Durchschnittseinkommens eines Weißen erreicht (vgl. M. Green, *Reparations for Blacks?* „Commonweal“, 13. 6. 69). Und ein weiteres relevantes Faktum: Nur ein Prozent der amerikanischen Ärzte und Juristen sind Neger. Dies deutet auf ein immer noch katastrophales „schwarzes Bildungsdefizit“ hin. Die Gründe liegen auf der Hand. Der überwiegende Teil der Farbigen kann sich keine oder nur eine kursorische Schulbildung leisten. Arbeitslosigkeit, großer Kinderreichtum, die Notwendigkeit einer sehr frühen Erwerbstätigkeit und oft die örtliche Distanz zu Negerschulen trugen letztlich zum Bildungsunterschied zum weißen Mitbürger bei. In den Südstaaten lag es zudem nur selten im Interesse der Plantagenbesitzer, den Farbigen eine ausreichende Schulbildung zukommen zu lassen. Das *Analphabetentum* ist besonders im Süden des Landes unter den Negern noch weit verbreitet. Dies hängt auch damit zusammen, daß die Negerkirchen zu arm sind, um eigene Schulen zu unterhalten.

Der Widerstand des Kirchenvolkes

Die katholische Kirche ist deshalb besonders *unmittelbar* vom Rassenproblem betroffen, weil sie keine autonomen Negerkirchen kennt. Ihr ist zudem aus den ersten Jahrzehnten nach dem Bürgerkrieg ein schwieriges Erbe aufgelastet. Sie hatte sich gerade in jener Phase aufgrund der Masseneinwanderungen aus katholischen Ländern sehr stark vergrößert (zwischen 1880 und 1890 wuchs die Katholikenzahl um sechs Millionen). Ein entsprechender finanzieller und wirtschaftlicher Zuwachs blieb jedoch aus. Viele nationale Einwanderungsgruppen gründeten ihre eigenen „Nationalkirchen“ und holten sich ihre eigenen Geistlichen. Die Neger, die von Natur aus eher zur katholischen Sinnenfreudigkeit der Liturgie als zur puritanischen Strenge des protestantischen Gottesdienstes neigen, fanden nur selten den Weg zur katholischen Kirche, die zudem im vorigen Jahrhundert vielfach angefeindet wurde. Außerdem identifizierten sie die katholische Kirche oft mit den irischen Einwanderern, die sich mit den Massen der arbeitsuchenden Neger lange Zeit erbitterte Kämpfe um die wenigen verfügbaren Erwerbsmöglichkeiten lieferten (vgl. *W. A. Osborne*, a. a. O., S. 28 f.). Gewiß gab es schon in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts einen katholischen Negerbischof (*J. Healy*, Bischof von Portland). Aber bis zum Jahre 1953 hatten erst 68 Farbige die Priesterweihe empfangen. Heute sind von den nahezu 58 000 katholischen Priestern der USA nur 170 Neger. Der Orden der Josephiten und die Steyler Missionare haben sich im besonderen der Seelsorge unter der farbigen Bevölkerung angenommen. Heute gibt es etwa 950 farbige Ordensschwwestern, von denen zwei Drittel drei schwarzen Ordensgemeinschaften, die übrigen weißen Kongregationen angehören (vgl. *J. C. Haughey*, *Black Sisters Become Soul Sisters*. „America“, 2. 8. 69).

Den ärmeren Teil der schwarzen Bevölkerung (der interessanterweise weitaus die wenigsten radikalen Rassenkämpfer stellt) interessiert der mehr karitative Aspekt der katholischen Kirche, der Neger des Mittelstandes beurteilt sie nach der Pfarrei, in der er lebt, und die wenigen Wohlhabenden unter den farbigen Katholiken stehen der Kirche zum Teil recht kritisch gegenüber. Das katholische Vereinsleben spielt sich vorwiegend hinter den (nicht immer unsichtbaren) Rassenschranken ab. Es gibt eine Reihe katholischer und interkonfessioneller Organisationen, die sich mit dem Farbigenproblem beschäftigen. Aber solange die Bischöfe noch mit der Exkommunikation drohen müssen, um zu erreichen, daß in gewissen Pfarreien die Rassendiskriminierung beseitigt und farbige Katholiken in die Gemeinde und deren Kinder in die katholische Schule aufgenommen werden, so lange wird sich der Katholizismus Amerikas nicht vom „Unrecht und der Sünde der Rassendiskriminierung“.

Die Spannungen wachsen

Alle Kirchen der Vereinigten Staaten haben anscheinend gemeinsam, daß ihre eindringlichen Appelle, die farbigen Mitbürger und Mitgläubigen in ihre Gemeinschaft aufzunehmen, an einer auch heute noch immer stabilen Mauer stummen (oder auch lauten und aktiven) Protestes abprallen. Einem großen Teil der weißen Amerikaner bleiben die Bürgerrechtsforderungen, die den Farbigen laut amerikanischer Verfassung längst zugestanden sind, unter den Administrationen Kennedy und Johnson rechtlich

konkretisiert und durch Entscheidungen des Obersten Bundesgerichts mehrfach als legitim anerkannt wurden, unverstündlich. Inzwischen aber wächst nicht nur das Selbstbewußtsein, sondern auch die Ungeduld der farbigen Bevölkerung. Gewiß sind es „Minderheiten“, die auf die Straßen gehen und sich zu auf den ersten Blick beeindruckenden großen Bürgerrechtsmärschen formieren, und es ist auch wahr, daß „die Neger“ in zahllose militante (die sich vorwiegend aus dem jugendlichen proletariats der Großstadt-Gettos des Nordens rekrutieren) und nichtmilitante Gruppierungen aufgespalten sind. Doch das Rassenproblem läßt sich nicht „aushungern“ oder durch wachsende wirtschaftliche Prosperität auch unter der farbigen Bevölkerung „erledigen“. Umfragen haben gezeigt, daß die Entfremdung der farbigen Bürger von der etablierten Gesellschaft noch zunimmt (nach einer Harris-Umfrage von 34 % im Jahre 1966 auf 56 % 1968). Dennoch sind 63 % aller Farbigen davon überzeugt, daß sie ihre Ziele auch ohne Gewaltanwendung erreichen können, und nur 31 % halten gewaltsame Demonstrationen für gerechtfertigt (vgl. „Newsweek“, 30. 6. 69).

Es geht nicht an, die Bürgerrechtsbewegung der farbigen US-Bürger als „kommunistisch inspiriert“ zu brandmarken. Der Kommunismus hatte und hat nachweislich keinen spürbaren Einfluß auf die Negerbewegung in den USA. Die Radikalisierung der radikalen Negergruppen verschärft sich. *St. Carmichael* gibt als Motto seiner leidenschaftlichen Agitation den „Willen zum Überleben einer Menschenrasse“ an, die vom „Völkermord“ bedroht sei. Die Befürworter eines *gewaltlosen* Kampfes um die Bürgerrechte scheinen stärker in den Hintergrund zu treten. Zeitweise nehmen die Spannungen geradezu hysterische Formen an, und der auch passive Widerstand in gewissen Kreisen der weißen Bevölkerung nimmt groteske Formen an (z. B. „umgekehrte“ Rassentrennung in den Schulen im Staate Mississippi, aus denen sich die Weißen zurückziehen und in private Neugründungen ausweichen).

Der Staat vervielfacht seine Investitionen in die notwendigen Sozialprogramme. Aber all das scheint nicht zu genügen. Analysen der gegenwärtigen Lage der Nation sind noch kein Rezept zur Besserung oder gar zur Heilung. *Glazer* (a. a. O., S. 18) sieht die Ursachen der Rassenspannungen in einem „grandiosen und tragischen Mißverständnis“ um das Wesen der amerikanischen Gesellschaftsstruktur, deren Merkmal es sei, daß sie spezifische, eigenständige Gruppen in sich aufnehmen könne, ohne daß diese ihre Identität aufzugeben hätten. Auf eben diesem Mißverständnis beruhe die scharfe Polarisierung zwischen Schwarz und Weiß. Die amerikanische Gesellschaft sei einfach keine „weiße Gesellschaft“, sondern bestehe aus gleichberechtigten rassischen und nationalen Gruppierungen. Die Vereinigten Staaten seien dem Wesen nach eine pluriforme Nation, eine lockere Föderation verschiedenster Volks- und Rassengruppierungen, innerhalb der jeder sein Recht erreichen könne, der es sich auf legalem Weg verschaffe. Demnach wäre es „nur“ erforderlich, den Kontrahenten im Rassenstreit zu dem Bewußtsein zu verhelfen, daß sie Mitglieder einer solchen lockeren Gesellschaftsföderation sind und nicht einer durch lange Tradition gefestigten KulturNation angehören. Vielleicht wäre es dann die Rolle der Kirche, neben ihren konkreten sozialen Hilfsdiensten bei dieser Bewußtseinsbildung zu helfen und eine Gesellschaft der positiven Toleranz und Gemeinhaltung zu formen, an der die Farbigen als chancengleiche Partner und nicht als diskriminierte Minderheit teilnehmen können.